

## Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2009 anlässlich der Ratssitzung vom 28.10.2008

Bürgermeister Frank Helmenstein

---

Es gilt ausschließlich das gesprochene Wort!

Liebe Gummersbacherinnen und Gummersbacher,  
sehr verehrte Stadtverordnete,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

**„Sie haben als Stadt Initiative ergriffen“, so würdigte Bundespräsident Horst Köhler anlässlich seines Besuchs unserer Heimatstadt die erfolgreiche Zusammenarbeit von Rat, Verwaltung und Bürgerschaft.**

Mit Hilfe des Haushaltsplans 2009 soll diese Erfolgsgeschichte auch im kommenden Jahr fortgeschrieben werden.

Traditionell möchte ich meine Haushaltsrede daher nutzen, Ihnen neben den finanziellen Rahmenbedingungen auch die programmatischen Leitlinien künftiger Stadtentwicklung aufzuzeigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

„wie gewonnen, so zerronnen“ auf diese griffige Formel könnte man die aktuelle Haushaltsentwicklung der Stadt Gummersbach

im Vergleich der Jahre 2008 und der perspektivischen Entwicklung für 2009 bringen.

Kurz zur Erinnerung: Gestartet sind wir ins Haushaltsjahr 2008 mit einem zu erwartenden Defizit von 12,1 Mio. Euro. Zum Jahresende 2008 sind wir dem strukturellen Haushaltsausgleich ähnlich wie im Jahr 2007 wieder deutlich nahe gerückt.

Genau wie im Vorjahr ist wesentliche Ursache hierfür eine –in dieser Höhe nicht erwartete- massive Verstärkung unserer Steuerkraft. Während 2008 im Landesdurchschnitt die Steuerkraft aller Kommunen lediglich um 3,7% anstieg, ist in Gummersbach ein Plus von 12,1% bzw. 5,9 Mio. Euro Steuerkraft und damit ein neues Rekordniveau zu verzeichnen!

Insbesondere das Gewerbesteueraufkommen, das 2004 noch bei insgesamt 15,8 Mio. Euro lag, konnte in den vergangenen Jahren konsequent gesteigert werden. Im laufenden Jahr erwarten wir mit ca. 37 Mio. Euro wiederum einen absoluten Nachkriegsrekord!

Diese vorzügliche, nachhaltige Entwicklung ist neben der Leistungsstärke und dem Gewerbefleiß unserer heimischen Unternehmen insbesondere unserer aktiven sowie zielorientierten Wirtschaftsförderung zu verdanken.

Erfreulich ist zudem, dass der Anteil, den wir an der Einkommenssteuer erhalten sich um 0,5 Mio. Euro auf dann über 17,5

Mio. Euro verbessern wird. Dies ist keineswegs selbstverständlich, da wir im Pro-Kopf-Aufkommen an Einkommenssteuer bis dato noch hinter der Gemeinde Marienheide gelegen haben.

Zumindest was die Einnahmeseite des Haushaltes anbelangt, bleibt also feststellen, dass sich die kontinuierliche Aufwärtsentwicklung unserer Heimatstadt auch im Finanzergebnis niederschlägt.

Angesichts derart guter Ergebnisse aus Vorjahren und der Trendmeldung für den Haushaltsvollzug 2008 stellt es einen herben Kontrapunkt dar, dass der Haushaltsplan des Folgejahres wiederum ein Haushaltsloch in Millionenhöhe ausweist.

Als ich vom Kämmerer die erste Übersicht über die Haushaltsprognose für 2009 mit einem ausgewiesenen Defizit von 12 Mio. Euro erhielt, dachte ich zunächst, man hätte mir versehentlich die Zahlen für das Jahr 2008 nochmals vorgelegt. Doch es bleibt eine bittere Wahrheit: Der Haushaltsplanentwurf 2009 weist tatsächlich ein Defizit von knapp 12 Mio. Euro aus!

Vom mithin greifbaren Haushaltsausgleich in 2008 wieder zurück in die Untiefen der Haushaltssicherung, wie ist das möglich?

Die Ursache hierfür liegt in einem nach wie vor nicht stimmigen Verhältnis zwischen den Einnahmepotentialen und den

Ausgabeverpflichtungen der allermeisten Kommunen im Lande  
- kein typisch Gummersbacher Problem also.

Der „Dreier-Pack“, der uns auch 2009 wie weiland Sisyphos kurz vor Erreichen des Ziels wieder in den Abgrund zurückwirft, kann wie folgt skizziert werden:

1. Ein Finanzausgleichssystem, das dafür sorgt, dass uns von 1 Euro Gewerbesteuer letztlich nur 15 bis 17 Cent übrig bleiben! Mehr dazu gleich.
2. Ständig neue Gesetze und Verordnungen mit Pflichtaufgaben, die Personalmehrbedarf in erheblichem Umfang und steigende Sachkosten mit sich bringen, aber nicht ausreichend sowie dauerhaft gegenfinanziert sind.
3. Hinzukommen die überproportional hohen Tarifabschlüsse für 2008/2009, die durch Einsparungen im Personalhaushalt absolut nicht mehr aufzufangen sind!

Schauen wir uns die bestimmenden Faktoren für die städtische Haushaltsentwicklung etwas näher an:

Die **Einnahmeseite des Haushaltes 2009** weist zunächst wegen der überproportional gestiegenen Steuerkraft der Stadt einen Rückgang bei den Schlüsselzuweisungen des Landes von sage und schreibe 4,2 Mio. Euro aus. Damit gehen rein rechnerisch schon über 40% der 10 Mio. Euro Mehreinnahmen an Ge-

werbsteuer im Jahr 2008 in den Landesfinanzausgleich zurück. Selbstverständlich dürfen wir die Gewerbesteuer nicht gänzlich behalten - es sind ca. 20% Gewerbesteuerumlage an Land und Bund abzuführen.

Wir können für 2009 die exorbitant guten Gewerbesteuerzahlen nicht auf Rekordhöhe durchkalkulieren. In Zeiten drastischer Rohstoffverteuerungen, Bankenzusammenbrüchen, die die Finanzmärkte durcheinander wirbeln und mittlerweile auch die Realwirtschaft negativ beeinflussen sowie stark schrumpfender Auftragseingänge in vielen Branchen ist eine zurückhaltende Einnahmeerwartung angezeigt.

Von daher sind wir gut beraten, die Gewerbesteuer nicht auf dem Rekordergebnis von 37 Mio. Euro, sondern dem derzeit erkennbaren Vorauszahlungssoll für 2009 mit „lediglich“ 30 Mio. Euro zu kalkulieren.

Die Realsteuern entwickeln sich derzeit auf hohem Niveau recht konstant; für 2009 werden wir hier nur leichte Zuwächse erwarten können.

Ansonsten waren wir uns in Verwaltung und Politik bislang immer einig, dass es angesichts der Gesamtsteuerbelastung unserer Bürger und der hohen Steuerleistung unserer Unternehmen keine zwingenden Gründe gibt, die Steuerschraube nach oben zu drehen. Dies haben wir - angesichts der beständig positiven

Entwicklung der städtischen Gesamteinnahmen - auch für das kommende Jahr nicht vorgesehen.

Ich sage es an dieser Stelle klipp und klar: Solange sich Bund und Land als Wohltäter – wie ich gleich noch darlegen werde - meistens auch noch zu Lasten der kommunalen Finanzen beim Bürger lieb Kind machen, möchte ich nicht, dass wir in die Rolle des Abzockers und im Wettbewerb der kommunalen Standorte damit ins Hintertreffen geraten! Das 12 Millionen-Loch in der Stadtkasse ließe sich im Übrigen mit überproportional hohen Steuererhöhungen längst nicht schließen.

Warum ist das so? Die Frage leitet über zur Darstellung der **Ausgabeseite des Haushaltsplanentwurfs 2009.**

Die seit Jahren zu beobachtende Tendenz, dass die Ausgaben immer weniger mit den durch die Gemeindefinanzierungssystematik abgeschöpften Einnahmen Schritt halten, also strukturelle Defizite nicht nur nicht abgebaut, sondern sogar aufgebaut werden, setzt sich auch mit Blick auf 2009 fort.

Die Gründe hierfür sind im Wesentlichen die, die ich gebetsmühlenartig Jahr für Jahr wiederhole:

Eine leistungsausweitende Bundes- und Landesgesetzgebung, die trotz der zumindest in den Landesverfassungen inzwischen normierten Verpflichtungen eines Konnexitätsgebotes ohne ent-

sprechenden finanziellen Ausgleich den Kommunen immer neue Aufgaben und damit erhebliche Folgekosten aufbürdet!

Derzeit sind es insbesondere – im Kern erforderliche und richtige – Gesetze zur verstärkten Betreuung im Kinder- und Jugendbereich, die allerdings in den Gesetzgebungsverfahren so schnell durchgepeitscht werden, dass offensichtlich keine Zeit mehr bleibt, ihre finanziellen Auswirkungen insbesondere auf der kommunalen Ebene auch nur in annähernd ausreichendem Umfang verlässlich abzuschätzen.

Dies gilt zum einen für den **Schulbereich**. Insbesondere durch die in der Verantwortung des Landes stehende schulpolitische Grundsatzentscheidung zur Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre entstehen immer mehr Nachmittags-Unterrichtsstunden. Naturgemäß muss man sich dann Gedanken über eine verstärkte Übermittagsbetreuung oder mehr Ganztagsschulangebote machen.

Das fing im letzten Jahr – gut gemeint - mit einem Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ an, wo sozusagen als Erste-Hilfe-Maßnahme Mahlzeiten durch Landesförderung initiiert wurden unter Finanzierungsbeteiligungspflicht der Kommunen, gleichzeitig aber den HSK-Kommunen verboten wurde, dies mit Eigenmitteln zu tun. Wir konnten daher nur dank großzügiger Sponsoren die Übermittagsbetreuung in dieser Form sicherstellen.

Die nunmehr – zugegebenermaßen mit deutlicher Verstärkung der Landesförderung – vorgesehene Ausweitung der Übermittagsbetreuung wird trotzdem in erheblichem Umfang die Städte und Gemeinden belasten. So sind die Kommunen gehalten, für die Übermittagsbetreuung angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, aber das ist längst nicht in allen Schulen aus Kapazitätsgründen möglich.

Bereits im laufenden Jahr haben wir beschlossen, die Hauptschule Strombach mit einem Kostenvolumen von 220.000 Euro räumlich zu erweitern; der städtische Eigenanteil allein für diese Baumaßnahme beträgt 120.000 Euro.

Für das nächste Jahr planen beide Realschulen sowie beide Gymnasien die Einrichtung einer Übermittagsbetreuung, was der Stadt investive Kosten von weiteren 230.000 Euro - abzüglich Landesförderung von 115.000 Euro - aufbürden wird. Da die investive Landesförderung auf die Jahre 2009 und 2010 begrenzt ist, gilt es hier entsprechend schnell zu handeln.

Mehr Räume und längere Schulzeiten in den Nachmittagsstunden bedeuten außerdem deutlich steigende Mehraufwendungen für Heizung und Reinigung: Diese Kosten fallen ganz alleine dem Schulträger, also der Stadt, zur Last.

Ein zweites Beispiel für die deutliche Ausweitung staatlicher Leistungsangebote mit erheblichen finanziellen Konsequenzen für die Kommunen ist zweifelsohne der **Bereich der Kinder-**



**betreuung**, insbesondere der vorgesehenen Neuerungen im Kindergartenbereich.

Ob Ausweitung von Angebotsformen, Auf- oder Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren oder Qualitäts offensive in Kindergärten: All das ist familienpolitisch wünschenswert, ja sogar erforderlich. Das eigentliche Problem dabei ist aber, dass mitunter suggeriert wird, dass dies ohne Mehrkosten zu bewerkstelligen ist und man gleichzeitig noch über unterschiedlich weitgehende Entlastungen bei Kindergartenbeiträgen diskutiert.

Nun ist es aber eine Binsenweisheit, dass quantitativ und qualitativ verbesserte Betreuungsangebote mit zusätzlichen Kosten verbunden sind. Zu klären bleibt, wer dafür aufkommt. Wir jedenfalls müssen feststellen, dass trotz Ausweitung von Bundes- und Landesfinanzierungen für den Kinderbetreuungsbereich es keineswegs so ist, wie Entscheidungsträger in Bund und Land gerne vorgeben: nämlich dass dies den Kommunen keine Mehrkosten oder gar finanzielle Entlastung bescheren würde.

Demgegenüber können wir nachweisen, dass durch die Vorgaben beispielsweise des Kinderbetreuungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Kibiz) allein in unserem Stellenplan 2,8 Mehrstellen erforderlich werden und insgesamt ca. 180.000 Euro Mehrkosten pro Jahr entstehen werden. Vor allem tragen hier die Kommunen das Risiko aus der Umstellung der bisheri-

gen Finanzierung auf die so genannten Kindpauschalen in der Landesförderung gegenüber der bisherigen Gruppenförderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das **Kibiz** setzt im positiven Sinne neue Betreuungsstandards, die aus fachlicher Sicht zu begrüßen sind. Die Umsetzung des Kibiz führt aber – wie gesagt – zu erheblichen Mehrbelastungen der Kommunen. Zudem gibt es nicht wenige Eltern, die angesichts sinkender Reallöhne und erheblich steigender Lebenshaltungskosten vor allem an einer preiswerten Betreuung ihrer Kinder interessiert sind.

In diesem Zusammenhang bleibe ich bei meiner Forderung nach einer möglichst weitgehenden Harmonisierung der Kindergartenbeiträge im Oberbergischen Kreis. Es kann nicht vernünftig sein, dass letztendlich der Wohnort über Beitragsermäßigungen entscheidet. Wenn ich auch sonst für Wettbewerb bin – hier sollten wir kreisweit ein gemeinsames familienpolitisches Zeichen setzen. Ich begrüße es, dass derzeit diesbezügliche Gespräche unter der Federführung des Kreises laufen. Wir werden, da bin ich zuversichtlich, eine sachorientierte Lösung finden, die sowohl den angespannten Finanzen von Kreis und Kommunen wie auch den berechtigten Interessen der betroffenen Eltern und ihrer Kinder bestmöglich Rechnung trägt.

Insgesamt gehen wir derzeit im Kindergartenbereich für das nächste Jahr von Mehrkosten in Höhe von 350.000 Euro aus.

Denn neben der zuvor geschilderten Thematik gibt es eine weitere Entwicklung: der **Rückzug anderer Träger**, hier insbesondere der katholischen Kirche aus ihrer bisherigen Verantwortlichkeit für eigene Kindergärten.

Trotz der zulasten der Kommunen und zugunsten der kirchlichen Träger vorgenommenen Umstellung der Landesfinanzierung gibt jedenfalls die katholische Kirche Kindergärten an die Stadt zurück; für Bernberg ist dies schon im August geschehen, für Steinenbrück steht die Schließung des katholischen Kindergartens zum Ende des laufenden Betreuungsjahres bevor. Dies haben wir gemäß unserer gesetzlichen Auffangträgerschaft für das Vorhalten von Kindergärten zu berücksichtigen. Ausfallende Kindergartenplatzkapazitäten können wir entweder über eine 100 % Finanzierung dieser Einrichtungen weiter durch Dritte betreiben lassen oder diese Aufgabe selber wahrnehmen.

In Bernberg haben wir uns wegen der Nachbarschaft des Städtischen Kindergartens zu einer Übernahme entschlossen und diese – wie gesagt – bereits vollzogen. Als Ersatz für den katholischen Kindergarten Steinenbrück beabsichtigen wir den **Neubau und Betrieb eines städtischen Kindergartens auf dem Steinmüllergelände**. Dies wird der Revitalisierung des Steinmüller-Areals einen weiteren wichtigen Impuls geben und eröffnet zudem die Möglichkeit, eine erste U 3-Gruppe einzurichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

dass der Kostenaufwand für die **Hilfen zur Erziehung** insgesamt Jahr um Jahr steigt, ist fast schon eine Selbstverständlichkeit geworden – allerdings eine gesellschaftspolitisch erschreckende: gegenüber unserer Finanzplanung für 2009 rechnen wir mit 400.000 Euro Mehraufwand bei den ambulanten Hilfen, bei der stationären Unterbringung erwarten wir einen Mehraufwand in Höhe von 140.000 Euro.

Ergänzend zu dieser Entwicklung sei darauf hingewiesen, dass gerade auch wegen des Fehlens der Betreuungsplätze für Kleinkinder, die Kosten für die Unterbringung in Tagespflege seit dem Jahr 2005 von gut 100.000 Euro auf derzeit über 220.000 Euro zugenommen haben.

Die vorstehend dargelegte Entwicklung im Jugend- und Sozialbereich hinterlässt in unserem **Stellenplan** und bei den **Personalkosten** deutliche Spuren. So sind insgesamt 21 Mehrstellen (!) bei lediglich 4 Einsparungsmöglichkeiten vorgesehen, also netto 17 Mehrstellen! Nach erheblichem Personalabbau in vergangenen Jahren ist dies ein deutlicher Anstieg der aber erforderlich und erklärbar ist:

Allein 7,6 Mehrstellen gehen auf das Konto der zuvor geschilderten Veränderungen im **Kindergartenbereich**. Wenn der Steinmüller-Kindergarten realisiert wird, sind weitere 10 Stellen zu schaffen!

5 Stellen Mehrbedarf gibt es beim **Bauhof** für die Umsetzung des politisch beschlossenen Friedhofskonzeptes. Unzufriedenheit mit privatwirtschaftlich erbrachten Dienstleistungen in den vergangenen Jahren und durchgeführte Wirtschaftlichkeitsberechnungen haben uns nunmehr überzeugt, hier selbst tätig zu werden.

3 Mehrstellen sind für den Bereich der **Jugendhilfe** vorgesehen. Sie alle kennen die Berichte über verheerende Fälle entdeckter Misshandlungen oder Vernachlässigungen von Kindern, die Dunkelziffer unentdeckter Missbrauchsfälle dürfte erheblich sein. Aufgeschreckt durch diese Fehlentwicklungen sind bundesweit alle Jugendämter mit Recht der Überzeugung, dass Prävention in diesem sensiblen Bereich unverzichtbar und eine entsprechende personelle Verstärkung zwingend geboten ist. Ich erinnere an die diesbezügliche Aktion des Kreises mit 8 Mehrstellen. Wir müssen den Bereich der Sozialarbeit, in dem es um Kindeswohlgefährdungen geht, mit 2 Stellen verstärken. Im Übrigen wollen wir unseren jungen Familien eine Familienhebamme zur Seite stellen, die insbesondere bei neu zugezogenen Familien die immer öfter erforderliche Hilfe vor Ort leisten soll.

Die **soziale Betreuungsarbeit** speziell für Jugendliche soll durch 2 Stellen verstärkt werden, darunter die eingehend diskutierte Sozialmanagerstelle für den Stadtteil Bernberg.

Der Rest der Mehrstellen verteilt sich quer durch etliche Verwaltungsbereiche, da die Intensivierung der Facharbeit auch in der allgemeinen Verwaltung Personalmehrbedarf auslöst. Diese können wir angesichts der erheblichen Einsparungen beim Personal in den Vorjahren nicht mehr völlig auffangen.

Die sprunghafte Entwicklung des Stellenplans nach oben hat zwangsläufig erhebliche Personalkostensteigerungen zur Folge. Diese werden bei 1,66 Mio. Euro oder umgerechnet 7,8 % (!) erwartet.

Deutlich hinzuweisen ist aber darauf, dass fast 1,1 Mio. Euro Mehrkosten allein durch die für 2008 und 2009 beschlossenen Tarif- und Besoldungserhöhungen entstehen. Die reinen Zusatzkosten für Mehrstellen liegen also bei 0,56 Mio. Euro, wobei diese teilweise gedeckt sind durch den Wegfall bisheriger Zuschussleistungen im Bereich der Kindergärten bzw. in die Gebührenhaushalte Friedhof Eingang finden.

Es gäbe noch viele Einzelentwicklungen, die im Rahmen einer Haushaltsrede berichtenswert wären. Aus Zeitgründen will ich mich aber auf diese ganz wesentlichen und dynamischen Ausgabenblöcke beschränken.

Einmal mehr gilt es zu betonen, dass die Kommunen das letzte Glied in der Finanzkette und für immer mehr Aufgaben zuständig sind. Beim Rückzug Dritter aus der Verantwortung müssen wir in aller Regel durch gesetzgeberische Verpflichtung ein-

springen und können uns nicht weiter entlasten. Zum anderen landen nicht gedeckte Kosten, die andere produzieren, eben auch bei uns und wir können sie allenfalls über Steuer- oder Gebührenerhöhungen weitergeben, was wir aus gesagten Gründen nicht für richtig halten.

Im Ergebnis -und im NKF sprechen wir ja auch über Ergebnisplanung - bedeutet dies, dass wir nicht nur in 2009 über ein strukturelles Defizit von 12 Mio. Euro reden. Auch in der Finanzplanung der Folgejahre, obwohl mit abnehmender Tendenz, sind erhebliche strukturelle Defizite und eben kein Haushaltsausgleich zu verzeichnen.

Die Ausgleichsrücklage unserer neuen Bilanz - hierzu später noch einige Anmerkungen - wird voraussichtlich im Jahre 2010 verbraucht sein und es werden erhebliche Zugriffe auf die allgemeine Rücklage und damit auf das Eigenkapital im engeren Sinne erforderlich. Dies bedeutet, dass wir uns weiterhin in der Haushaltssicherung werden bewegen müssen! Erst recht gilt diese Aussage, falls sich die Konjunktur gravierend verschlechtern sollte, also Einnahmen deutlich zurückgehen und damit korrespondierend durch wieder ansteigende Arbeitslosigkeit soziale Unterstützungsleistungen verstärkt erforderlich werden.

Die Frage, ob wir uns in den nächsten Jahren formal im Nothaushaltsrecht befinden werden, kann ich ihnen derzeit noch nicht abschließend beantworten.

Nach dem Ihnen heute vorgelegten Entwurf der Haushaltsplanung wäre dies - wegen der formal zulässigen Rückgriffe auf die Ausgleichs- und allgemeine Rücklage - rein rechtlich gesehen nicht der Fall. Dies liegt im Wesentlichen an den äußerst optimistischen Orientierungsdaten des Landes, insbesondere was die Einnahmeentwicklung der nächsten Jahre anbelangt.

Diese Orientierungsdaten mit ihren überproportionalen Steigerungen, vor allem beim Gemeindeanteil der Einkommenssteuer und der Gewerbesteuerentwicklung bis ins Jahr 2012 wurden vom Innenministerium des Landes am 02. Oktober bekannt gegeben. Zu diesem Zeitpunkt waren die Weiterungen der größten Finanzmarktkrise der Nachkriegszeit und die nunmehr einsetzenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft so noch nicht absehbar!

Im Übrigen ist auf die „Unbekannte“ Kreisumlage hinzuweisen. Seit Jahren beklagen die Kommunen, dass der Kreishaushalt – gesetzeswidrig – zu spät eingebracht und verabschiedet wird. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die sich gesetzeskonform verhalten, kennen damit weder bei Einbringung noch Verabschiedung des Haushaltes die Festsetzung der Kreisumlage.

Da die Kreisverwaltung zwar auf eine ungünstige Haushaltsentwicklung, insbesondere durch erhebliche Mehrbelastungen im Bereich der Sozialhilfe, hingewiesen hat, aber bislang noch keinerlei Erkenntnisse über die Hebesatzgestaltung der Kreis-



umlage vorliegen, haben wir den größten Ausgabeblock unseres Haushaltes – immerhin 24 Mio. Euro - nach der Finanzplanung des Obergischen Kreises aus dem Vorjahr kalkuliert.

Dies auch in der Erwartung, dass der Oberbergische Kreis Mehrkosten seines Haushaltes, vor allem aus zu erwartenden Mehrbelastungen aus der Umstellung auf das NKF – einzusparen versucht und sich aus Verantwortung seinen Kommunen gegenüber weitestgehend zurückhält.

Sollte die Kreisumlage erhöht werden, wird dies zu einer echten Nothaushaltssituation der Stadt Gummersbach führen. Unabhängig davon sollte sich auch im anderen Falle – genau wie im laufenden Haushaltsjahr – wegen der erheblichen Disparität zwischen Einnahme- und Ausgabeentwicklung der Haushaltsvollzug freiwillig an den Vorgaben der Haushaltssicherung orientieren!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zur **Investitionsplanung und Verschuldungsentwicklung der Stadt Gummersbach** ist folgendes anzumerken:

Der Aufwand für Investitionen liegt in 2009 bei über 12 Mio. Euro, wobei der von der Stadt selbst zu finanzierende Anteil bei noch gut 3,5 Mio. Euro liegt. Schwerpunkte sind - und zwar in dieser Reihenfolge - der kommunale Straßenbau, Investitionen im Schulbereich, das Steinmüller-Gelände sowie die Feuerwehr.

Eine Netto-Neuverschuldung ist angesichts unserer Haushaltsverhältnisse nicht zulässig und auch nicht eingeplant. Es bleibt also bei einem Schuldenstand von ca. 112 Mio. Euro oder umgerechnet 1.958 Euro pro Einwohner.

Kannten wir bislang unsere Schulden immer genau, so wissen wir seit der Ratssitzung im September Dank der nunmehr vorliegenden **Eröffnungsbilanz** endlich auch, wie „reich“ wir sind. Ich will die kritischen Worte, die der Kämmerer bei der Vorstellung der Bilanz im Finanzausschuss letzte Woche gefunden hat, nicht wiederholen: Fakt ist, da hat er Recht, dass der Großteil unseres „Reichtums“, sprich der Werte insbesondere des Sachanlagevermögens, tatsächlich zunächst nur auf dem Papier steht.

Man könnte die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle über Sinn und Unsinn kommunaler Bilanzen und der Einführung des NKF insgesamt zu philosophieren. Das sollten aber vorrangig – selbstkritisch – diejenigen tun, die es uns eingebrockt haben. Ich möchte darauf jedenfalls an dieser Stelle verzichten und mich sehr herzlich bei denjenigen in der Verwaltung bedanken, die wirklich mühevoll in den letzten 4 Jahren diese Bilanz erstellen mussten. Mein besonderer Dank gilt hier unserer Kämmerei.

Immerhin gibt es nunmehr einen Nachweis, was mit dem Geld der Bürger und mit Zuschüssen Dritter an kommunalem Vermögen geschaffen wurde: ein Anlagevermögen von 431 Mio.

Euro, davon 330 Mio. Euro Sachanlagevermögen und über 100 Mio. Euro Finanzanlagevermögen.

Die bislang immer isoliert geführte Debatte über die Höhe unseres Verschuldungsstandes von über 110 Mio. Euro relativiert sich insoweit etwas. Dies sollte allerdings nicht zu dem Fehlschluss verleiten, dass wir im Hinblick auf die Belastungen aus der Verschuldung, also dem zu tragenden Schuldendienst, nicht weiter nach Möglichkeiten der Entlastung suchen müssten.

Vorteil und Nachteil zugleich der neuen Bilanz ist, dass bei weiterhin unausgeglichenen Haushalten in den nächsten Jahren sichtbar wird, wie sich unser mit derzeit 114 Mio. Euro ermitteltes Eigenkapital verzehren wird. Vorteil deshalb, weil wir so sehr deutlich sehen, dass wir sprichwörtlich von der Substanz leben. Nachteil deshalb, weil dies auch für Dritte noch deutlicher erkennbar wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Ergebnis kennzeichnen Licht und Schatten die finanzwirtschaftliche Entwicklung unserer Heimatstadt. Dennoch und dies ist ebenfalls festzuhalten, verbleibt uns für die kommenden Jahre ein Gestaltungsspielraum, den wir im Sinne einer nachhaltigen sowie zukunftsfähigen Stadtentwicklung weiter verantwortungsbewusst nutzen sollten.

Damit möchte ich zum zweiten Teil meiner Haushaltsrede überleiten, die traditionsgemäß Standortbestimmung und Agenda zugleich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

**„Gummersbach soll Beispiel geben für ganz Nordrhein-Westfalen“,**

**„Gummersbacher eroberten Steinmüller-Gelände zurück“,**

**„Regionale-Projekt verleiht Gummersbach neue Zuversicht“,**

dies waren drei Schlagzeilen der heimischen Presse zum diesjährigen Steinmüller- Projekttag, den mehr als 5000 Besucher am 15. Juni zu einem rundum gelungenen Ereignis gemacht haben.

Als Ehrengast besuchte Städtebauminister Wittke schon zum dritten Mal das Steinmüller-Areal um sich über den erfolgreichen Revitalisierungsprozess zu informieren. Der Minister kommentierte das Jahrhundertprojekt unserer Heimatstadt mit folgenden Worten: „ Ich bin beeindruckt, mit welch rasantem Tempo sich dieses Gelände entwickelt. Das ist beispielhaft für das ganze Land.“

Diese hohe Wertschätzung zeigt sich natürlich auch in den gut 14 Millionen Euro Fördermittel, die uns das Land Nordrhein-Westfalen zwischenzeitlich bewilligt hat.

Am 16. Juni verkündete Herr Minister Wittke sodann die Bereitstellung von 5,36 Millionen Fördermittel zur Attraktivierung des Gummersbacher Bahnhofs, der einen zweiten Bahnsteig, einen Zugang zur Fachhochschule sowie eine Überdachung als Ersatz für das ehemalige Bahnhofsgebäude erhalten wird.

Mein ausdrücklicher Dank gilt in diesem Zusammenhang unserer Landesregierung, die neben fachlicher Unterstützung insbesondere in fördertechnischer Hinsicht den „hohen Druck im Steinmüllerkessel aufrechterhält.“ Gerade in Zeiten der Finanzkrise wird sich zeigen, dass öffentliche Investitionen zur Standortqualifizierung sowie als Impulsgeber für nachfolgende privatwirtschaftliche Investitionen unverzichtbar sind.

Wir müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die in den vergangenen Jahren auf dem Steinmüller-Gelände geschaffene Urbanität buchstäblich und mit der gebotenen Konsequenz weiter ausbauen. Sowohl das **Einkaufszentrum** im Bereich des Bahn Bogens wie die in Rede stehende **multifunktionale Veranstaltungshalle** können nicht nur für das Steinmüller-Gelände als belebende Magneten bzw. Frequenzbringer wirken. Es verbietet sich hier und heute insoweit in eine grundsätzliche Diskussion einzusteigen. Der Verwaltungsvorstand wird sich vielmehr mit Ihnen, sehr verehrte Stadtverordnete, in den kommenden Wochen hierzu intensiv beraten.

Wir können die - in jeder Hinsicht komplexe - europaweite Ausschreibung zur Errichtung eines Einkaufszentrums sowie gegebenenfalls einer Multifunktionshalle nur im vertrauensvollen Dialog optimal durchführen. Einen Beschlussvorschlag zum Ausschreibungstext wird der Verwaltungsvorstand möglichst zur nächsten Ratssitzung am 2. Dezember auf den Weg bringen.

Im Übrigen lege ich großen Wert darauf, dass wir die **bestehende Innenstadt weiter attraktivieren**. Wir wollen gerade den Bereich Bismarckplatz/Schützenstraße/Wilhelmstraße - wie schon die Brückenstraße im Bereich des EKZ „Bergischer Hof“ - gestalterisch aufwerten. Auch hier dürfen wir auf die Unterstützung durch das Land Nordrhein-Westfalen berechtigt hoffen; förderfähige Konzepte wollen wir insbesondere mit den betroffenen Anliegern bzw. Geschäftsinhabern und Grundeigentümern entwickeln.

Im Hinblick auf die Revitalisierung des Steinmüller-Geländes möchte ich noch einmal die Worte unseres Bundespräsidenten in Erinnerung rufen, der anerkennend darauf hingewiesen hat, „dass nicht nur die Metropolen ihr Schicksal erfolgreich meistern können.“ Er hat dabei insbesondere die außergewöhnliche Bereitschaft der überparteilichen Zusammenarbeit sowie das bürgerschaftliche Engagement in unserer Heimatstadt als beispielgebend hervorgehoben.

Dieser **„Gummersbacher Erfolgsweg“** ist sicherlich einer der Gründe dafür, dass wir – gemeinsam mit dem Oberbergischen

Kreis – den **„Langen Tag der Region“ am 21. Juni des kommenden Jahres auf dem Steinmüller-Gelände** ausrichten dürfen. Auch dieses herausragende Ereignis, verbunden mit dem Besuch unseres Ministerpräsidenten, ist für uns Anerkennung und Ansporn zugleich.

Ich werde mich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass herausragende Repräsentanten und Entscheidungsträger unseres Staates nach Gummersbach kommen, denn die Bedeutung dieser Besuche kann für die aufstrebende Entwicklung unserer Heimatstadt gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Natürlich sind wir in Sachen Steinmüller weiterhin mit Unternehmen bzw. Investoren in erfolgversprechenden Verhandlungen über etwaige Standortansiedlungen; darüber wird zugegebener Zeit näher zu berichten sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit erarbeitetem Selbstbewusstsein und großer Dankbarkeit dürfen wir feststellen, dass unsere Heimatstadt mittlerweile eine **erstklassige Adresse als dynamischer, innovativer Wirtschaftsstandort** ist. Aus weit über 100 Firmenbesuchen in meiner bisherigen Amtszeit und regelmäßigen Gesprächen mit Gummersbacher Unternehmern weiß ich um die überragende Bedeutung einer unternehmensorientierten Verwaltung in Bezug auf Ansiedlungsvorhaben sowie Standortsicherungen.

Ein aktuelles Beispiel hierfür sind unsere erfolgreichen Verhandlungen mit der Steinmüller Serviceleistungen GmbH. Wir haben im vergangenen Monat mit der Firma Steinserv einen Kaufvertrag über eine Fläche von 20.000 qm im Gewerbegebiet Herreshagen-Sonnenberg abgeschlossen; dort soll eine neue, moderne Betriebsstätte entstehen.

Es spricht für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Gummersbach und das zielorientierte Vorgehen von Rat und Verwaltung, dass wir diesem aufstrebenden Unternehmen mit traditionsreichem Namen - ungeachtet massiver Abwerbungsversuche aus dem Umland - hier bei uns eine dauerhafte Perspektive bieten können.

Dies gilt selbstverständlich ebenso für auswärtige Unternehmen, die sich zunehmend für unsere Heimatstadt mit ihren hervorragenden Standortbedingungen interessieren. Ich bin zuversichtlich, dass unsere diesbezüglichen Bemühungen in den nächsten Monaten weitere Früchte tragen werden.

Dies können wir jetzt schon - wie dargelegt - im Hinblick auf die nachhaltige Steigerung des Gewerbesteueraufkommens vermelden; zumindest ebenso erfreulich ist der Rückgang der hiesigen Arbeitslosenquote von in der Spitze über 11 % auf mittlerweile 6 %.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,



ein zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort braucht zwingend eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur.

Ein wichtiger Baustein stellt in diesem Zusammenhang der nunmehr realisierungsfähige Umbau der B 256 (Westtangente) im Bereich der Dr. Ottmar Kohler – Straße / Hardtstraße sowie Rospestraße dar. Nach Lösung sämtlicher Grunderwerbsfragen sind von städtischer Seite die Voraussetzungen für den im Sommer 2009 geplanten Baubeginn geschaffen worden. Der geplante 4-streifige Ausbau der B 256 in diesem Teilbereich sowie die Beampelung der Einmündung der Rospestraße werden insgesamt 2,9 Mio. Euro kosten, die im Sinne einer optimalen Verkehrsanbindung der Innenstadt bestens angelegt sind.

In der an dieser Stelle gebotenen Kürze möchte ich hervorheben, dass die Dynamik auf dem Gebiet der Stadtentwicklung nicht nur die Wirtschaftsförderung erfasst, sondern sich auf alle Lebensbereiche erstreckt.

Auf dem Gebiet der Kindertagesbetreuung verdient besondere Erwähnung, dass wir voraussichtlich im kommenden Jahr mit dem **Bau einer Kindertagesstätte auf dem Steinmüller-Gelände** beginnen werden.

Mit dem Kauf des **Ackermann-Geländes** wollen wir den Grundstein für einen **innovativen Wohnungsstandort** schaffen, der beispielsweise die Möglichkeit für ein barrierefreies und altersübergreifendes Wohnen bietet. Ein hierfür erforderliches

städtebauliches Wettbewerbsverfahren führen wir in 2009 durch.

Beide Maßnahmen sollen mit dazu dienen, die Innenstadt mit der Entwicklung von attraktiven sowie stadtnah gelegenen Wohngebieten zu stärken.

Selbstverständlich wollen wir weiter die Lebens- und Aufenthaltsqualität in allen 75 Stadtteilen nachhaltig verbessern.

Dafür ist gerade für die Bürgerinnen und Bürger in den Außenstadtteilen die Realisierung von vermeintlich kleinen Projekten von großer Bedeutung. Mir sind diesbezügliche Anregungen, Wünsche und Kritikpunkte aus vielen persönlichen Gesprächen und Ortsterminen bestens bekannt. Einen entsprechenden Dialog ermöglichen zudem unsere **bewährten Bausteine einer bürgerorientierten Verwaltung**: Es freut mich sehr, dass die Gummersbacherinnen und Gummersbacher meine Bürger-sprechstunden, unser Bürgerforum „Verwaltungsvorstand vor Ort“ sowie das im vergangenen Jahr eingerichtete Beschwerdemanagement nach wie vor rege nutzen. Nicht immer, aber doch sehr oft können wir schnell, unbürokratisch und gezielt helfen.

Wenn wir also unter anderem dafür sorgen, dass im Stadtteil Straße die dortige Bushaltestelle ein Wartehäuschen für unsere Schulkinder bekommt, so füllen wir unseren Leitspruch „ Jede kleine Verbesserung im Sinne der Bürger ist eine große Ent-

scheidung der Verwaltung“ mit Leben. Gleiches gilt beispielsweise mit Blick auf die bevorstehende, grundlegende Sanierung dreier Spielplätze in den Stadtteilen Steinberg, Niederseßmar und Reininghausen.

Ein weiter wichtiger Schritt für kinder- und familienfreundliche Rahmenbedingungen stellt auch die **Einrichtung einer Stelle für eine Familienhebamme** im kommenden Jahr dar. Wir wollen damit gegenüber allen Familien und ihren neugeborenen Kindern unsere besondere Verbundenheit zum Ausdruck bringen und gleichzeitig über einschlägige Hilfsangebote informieren. Im Übrigen wird die Familienhebamme - dank der großzügigen Unterstützung unserer **Sparkassen- und Bürgerstiftung** - jedem neuen Erdenbürger ein attraktives Begrüßungsgeschenk überreichen.

Hilfestellung wollen wir gerade den Bürgerinnen und Bürgern gewähren, die sich in vorbildhafter Weise für unser Gemeinwesen ehrenamtlich engagieren. Ihnen gilt nicht nur unser aufrichtiger Dank, sondern vor allem unsere ideelle und materielle Unterstützung.

Diese Unterstützung ist uns nunmehr durch die im Dezember des vergangenen Jahres gegründete Sparkassen- und Bürgerstiftung noch nachhaltiger möglich.

Im August wurden die ersten Projekte in den Bereichen Kultur, Jugend und Sport vorgestellt, die durch unsere Stiftung geför-

dert werden. Es liegt jetzt an uns allen, die Arbeit der Sparkassen- und Bürgerstiftung zu unterstützen und damit die Lebensqualität in unserer Heimatstadt zu stärken.

Liebe Gummersbacherinnen und Gummersbacher,  
sehr verehrte Stadtverordnete,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der amerikanische Unternehmer Henry Ford hat einmal gesagt:  
**„Zusammenkommen ist ein Beginn, Zusammenbleiben ist ein Fortschritt, Zusammenarbeiten ist ein Erfolg.“**

Gerade in den vergangenen Wochen habe ich meine bisherige Amtszeit als Bürgermeister unserer Heimatstadt Revue passieren lassen. Meine Ziele waren und sind es, dass Gummersbach den wirtschaftlichen Strukturwandel erfolgreich meistert, zu neuer Bedeutung gelangt und beste Zukunftsperspektiven hat.

Ich will, dass das „Steinmüller-Trauma“ der Jahrtausendwende einer von berechtigter Zuversicht getragenen Aufbruchstimmung weicht. Ich will, dass der Name Gummersbach in Oberberg und weit darüber hinaus wieder einen hervorragenden Klang hat. Ich will, dass die Gummersbacher wieder stolz auf ihre Heimatstadt sind und sich mit ihr identifizieren. Ich will bürgernah, erfolgsorientiert und hart arbeiten – als erster Diener unserer Heimatstadt.

Wenn ich die vorgenannten Ziele insgesamt erreicht habe oder zumindest auf einem erfolgversprechendem Weg bin, dann ist dies das Ergebnis einer in den letzten vier Jahren gewachsenen Zusammenarbeit mit Ihnen allen: Bürgerschaft, Rat und Verwaltung.

Für das in mich gesetzte Vertrauen und die vorbildhafte Unterstützung bedanke ich mich von ganzem Herzen.

Mein aufrichtiger Dank gilt auch meinen Kollegen im Verwaltungsvorstand sowie meinem Team im Rathaus für die stets vorzügliche Zusammenarbeit.

Diese vertrauensvolle und nicht zuletzt parteiübergreifende Zusammenarbeit mit Rat, Verwaltung sowie den Gummersbacherinnen und Gummersbachern langfristig fortsetzen zu dürfen, wäre mir eine große Freude und besondere Ehre.

Meinerseits möchte ich Ihnen erneut versichern, dass ich meine ganze Kraft unserer Heimatstadt widmen werde.

Ich wünsche uns allen ein gutes Gelingen der diesjährigen Haushaltsberatung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.